

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Kassen der Verwaltungen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Anschlag Nr. 53.

Abgabepreis: Die Abgabepreise sind festgesetzt für den Anzeiger des Auer Tageblattes, wöchentlich 20 Pfennige, monatlich 60 Pfennige, vierteljährlich 1,80 Mark, halbjährlich 3,30 Mark, jährlich 6,30 Mark. — Die Abgabe erfolgt durch den Postboten.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1948

Nr. 103

Mittwoch, den 5. Mai 1926

21. Jahrgang

Generalstreik in England.

Die Verhandlungen gescheitert.

London, 3. Mai. Das Unterhaus hat sich vertagt. Alle Verhandlungen sind gescheitert. Der Generalstreik beginnt um Mitternacht.

Wie die Regierung in einem amtlichen Bericht hervorhebt, gibt es nur ein Mittel zur Durchführung der Sanierung: die ehrliche und vorbehaltslose Annahme der Vorschläge der Enquetekommission, die als Übergangsmassnahmen während der Sanierung eine Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes vorsehen, die für den Bergbau wirtschaftlich tragbar ist. Wenn die Bergarbeiter oder der Gewerkschaftskongress bereit gewesen wären, die Erklärung abzugeben, daß sie die Vorsehung des Sanierungsplanes, ein provisorisches Lohn- und Arbeitszeitabkommen wenigstens grundsätzlich annehmen würden, wäre das Kabinett bereit gewesen, zur Erleichterung weiterer ins einzelne gehender Verhandlungen die bis zum 1. Mai gezeigte Subvention um 14 Tage zu verlängern. Da die Mehrzahl der Gewerkschaften inzwischen ihre Mitglieder aber

zum Generalstreik aufgefordert

hätten, und im Vertriebe der „Daily Mail“ ein grober Eingriff der Gewerkschaften in das verbriefte Recht der Pressefreiheit erfolgt sei, stelle das Verhalten der Gewerkschaften einen Verstoß gegen die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Nation dar. Bevor die Regierung technisch-wirtschaftliche Verhandlungen erneut in Erwägung ziehen könne, müsse die Regierung von den Gewerkschaften eine Zurücknahme des Generalstreikbeschlusses und der Eingriffe in die Pressefreiheit fordern. Diese energische Erklärung der Regierung führte alsdann heute nacht zum Scheitern der Verhandlungen mit dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses.

Die Antwort der Gewerkschaften.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen erstatteten die Mitglieder des Verhandlungsausschusses des Gewerkschaftskongresses dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses Bericht über die Verhandlungen. Als Antwort auf den amtlichen Bericht der Regierung über die Gründe, die zum Scheitern der Verhandlungen führten, wurde alsdann vom Generalrat des Gewerkschaftskongresses ein Brief an den Premierminister abgesandt, in dem das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß die Besprechungen, die den Weg zu neuen Verhandlungen hätten anbahnen können, von der Regierung so plötzlich abgebrochen worden seien.

Der Generalrat wendet sich in dem Briefe gegen die von der Regierung angegebenen Gründe, die zum Scheitern der Verhandlung mit dem Gewerkschaftskongress geführt haben. Es sei nichts Ungewöhnliches darin zu sehen, daß Arbeiter als Lohnempfänger die Arbeit niederlegen, und es geschehe in diesem Falle, um den Arbeitgebern das Recht zu sichern, daß die Verhandlungen geführt werden sollen in einer Atmosphäre, die von Ausprägungen oder Streiks frei sei. Der Generalrat habe keine Kenntnis davon, daß Eingriffe in die Pressefreiheit sich zugetragen hätten. Er habe Entscheidungen

getroffen durch die solche unabhängigen und nicht autorisierten Handlungen verboten werden. Der Generalrat habe Maßnahmen getroffen, um jegliche Disziplinlosigkeit zu verbieten. Der Generalrat bedauert, daß ihm keine Gelegenheit geboten worden sei, die Zwischenfälle zu prüfen, ehe sie von der Regierung zum Anlaß genommen worden seien, die Verhandlungen abzubrechen.

Die Notstandsmaßnahmen.

London, 4. Mai. Die Beurteilungen in der Flotte sind eingestellt. Alle Truppen erhielten die Weisung, sich jederzeit bereitzuhalten. Die Eisenbahnen wurden für die Dauer des Streikes unter Kontrolle gestellt. Der Haftbefehl gegen das kommunistische Mitglied des Unterhauses Salfatava ist erlassen worden, weil er am Sonntag im Hyde-Park eine aufrührerische Rede gehalten haben soll.

Keine Kohle nach England.

Amsterdam, 3. Mai. Der geschäftsführende Vorstand des internationalen Transportarbeiterverbandes hat heute die Transportarbeiterverbände der wichtigsten europäischen Länder telegraphisch angewiesen, jede Steinkohlausfuhr nach England sowie jede Anmusterung für englische Schiffe zu verhindern.

Haftbefehl gegen einen englischen kommunistischen Abgeordneten.

London, 3. Mai. Gegen das kommunistische Unterhausmitglied Salfatava ist ein Haftbefehl erlassen worden.

Eine Erklärung der deutschen Bergarbeiter zum englischen Bergarbeiterkonflikt.

Wochum, 3. Mai. Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt an seine Mitglieder eine Erklärung bezüglich der Stellungnahme zum englischen Kohlenarbeiterstreik, in der es u. a. heißt: Getreu dem Brüsseler Beschlusse wird der Bergarbeiterverband alles tun, was in seinen Kräften steht, um zunächst die Zufuhr von Kohle nach England zu verhindern. Er hat sich zu diesem Zwecke mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und mit den andern für diese Frage in Betracht kommenden Verbänden in Verbindung gesetzt und wird mit diesen die zu treffenden Maßnahmen beraten. Inzwischen aber müssen die deutschen Kameraden auch das Ihrige tun, um den englischen Kameraden zu helfen, insbesondere da dies auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Im Interesse der deutschen Bergarbeiter liegt die Befestigung der Uebersichten, die heute noch im großen Umfange gemacht werden, trotzdem wir in den letzten Monaten 1/2 Millionen und mehr Fetterschichten und Hasenbestände von 7—8 Millionen Tonnen allein im Ruhrgebiet hatten. Kameraden! Wehrt euch gegen jeden Versuch, euch Ueberreden aufzuzwingen, vergräbt nicht die Arbeitslosigkeit und die Fetterschichten im eigenen Lande und zugleich die Schwierigkeiten der englischen Kameraden. Beschlüsse seitens des Vorstandes sind noch nicht gefaßt worden.

Die Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung.

Die Vorlage der Reichsregierung über die Entschädigung der vormals regierenden deutschen Fürsten ist laut Tageblatt heute mittag an den Reichsrat gegangen, nachdem Reichsminister des Innern Dr. Kuhl die Vorlage, die vom Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden war, heute vormittag unterzeichnet hatte.

Botschafter von Hösch in Berlin.

Berlin, 4. Mai. Der deutsche Botschafter in Paris von Hösch ist gestern abend in Berlin angetroffen, wo er voraussichtlich ein paar Tage verweilen wird, um mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsaußenminister die Fragen zu besprechen, die der Beratungskommission am 10. Mai in Genf zusammentretenden Studienkommission sind.

Die Kartellbestrebungen der deutschen Eisenbahner.

Einer Korrespondenzmeldung zufolge haben sich die Verhandlungen über die Bildung eines Kartells aller deutschen Eisenbahner, sowohl der Beamten wie der Arbeiter, zerlegt. Die Gründe hierfür sollen in erster Linie in der Tatsache liegen, daß der Zentralgewerkschaftsbund der Eisenbahnbeamten und Arbeiter durch Verhandlungen mit der Reichsbahngesellschaft

und Regierungsstellen die Unkündbarkeit der Beamten auch in den Gruppen 1—4 sichergestellt habe. Der Zentralgewerkschaftsbund habe darauf beschlossen, den anderen Organisationen mitzuteilen, daß er die Gründung des geplanten Kartells gegenwärtig nicht für möglich halte. Er habe sich dagegen bereit erklärt, in anderen Fragen mit den übrigen Gewerkschaften von Fall zu Fall zu verhandeln und die Einsetzung eines Geschäftsausschusses aller Eisenbahnerorganisationen vorgeschlagen.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.

Berlin, 3. Mai. In dem Dorf Begebruch bei Belken im Norden Berlins kam es gestern mittag zwischen Kommunisten und einer Abteilung Berliner Nationalsozialisten, die dorthin einen Ausflug unternommen hatte, zu einer Schlägerei. Die Gegner gingen mit Stöcken und Gummihämmern aufeinander los und es wurden auch mehrere Schüsse abgegeben. Mehrere Personen wurden verletzt, davon zwei so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Herbeigekommene Polizei machte schließlich der Schlägerei ein Ende und verhaftete sowohl Kommunisten als auch Nationalsozialisten. Die meisten der Festgenommenen wurden nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen. Mehrere Pistolen, sowie Stöcke und Schlagmassen wurden beschlagnahmt.

Deutschlands Außenhandel.

Unn mehr liegen die Außenhandelsverhältnisse für das erste Vierteljahr 1926 vor. Trotzdem eine letzte Besserung im März festzustellen ist, die bei der Februartend mit 328 Millionen Mark außerordentlich hoch. Insgesamt sind in den ersten drei Monaten 1926 für rund 1,4 Milliarden Mark mehr eingeführt als ausgeführt worden. Das bessere Ergebnis für März wurde durch den Rückgang der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen erzielt, während sich die Einfuhr von Fertigwaren auf gleicher Höhe hielt. Auf der anderen Seite ist es gelungen, die Ausfuhr von Rohstoffen und Fertigwaren zu steigern, wobei hauptsächlich Eisenwaren und chemische Erzeugnisse beteiligt sind. Das Problem, den Einfuhrüberschuß aus der Zahlungsbilanz zu decken, besteht also in unverminderter Schärfe fort. Es ist nicht damit zu rechnen, die Ausfuhr soweit zu steigern zu können, daß sich damit die notwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel bezahlen lassen. Eine günstige Seite kann hieraus von Einfluss sein, aber der Zwang zur Einfuhr von Getreide, Fleisch usw. wird unverändert fortbestehen. Im Ausland, vor allem in England und in den Vereinigten Staaten werden die Probleme des deutschen Außenhandels scharfer beobachtet als in Deutschland. Dabei ist die Meinung unvertennbar, die „unsichtbare“ Einfuhr und Ausfuhr Deutschlands viel günstiger zu beurteilen, als es sich durch die tatsächlichen Verhältnisse rechtfertigen läßt. So wird in englischen und nordamerikanischen Finanzblättern der Wert der deutschen Kapitalanlagen im Ausland auf 8 Milliarden Mark geschätzt, was sicher zu hoch gegriffen ist. Selbst wenn es so wäre, so würde der Ertrag aus ihnen nicht ausreichen, um auch nur die viel höheren Zinsen der Dannebank und der privaten Kredite zu decken. Die Einnahmen aus der deutschen Handelsflotte können für 1926 nicht viel höher als mit 250 Millionen Mark eingeseht werden, gegen etwa 600 Millionen Mark vor dem Kriege. Englands Zahlungsbilanz ist unverhältnismäßig günstiger, denn es hat aus ihr rund 8 Milliarden Mark zu erwarten, wobei Zahlungen für den Zinsdienst von Auslandsschulden und Krediten nicht in Frage kommen. Die Jahresraten an die Vereinigten Staaten werden ja aus dem Ertrag der deutschen Ausfuhrabgabe gedeckt, während der Rest aus den noch allerding sehr problematischen französischen Zahlungen gedeckt werden soll. Deutschland muß nach Lage der Dinge allein die Mittel und die Wege suchen, um den Februartend im Außenhandel abzugleichen. Eine große Auswahl steht dafür nicht zur Verfügung, am allerwenigsten solche, die schnell und umfassend wirksam sind. In erster Linie handelt es sich um die Steigerung der Ausfuhr von Halbzeug und Fertigwaren, was wieder davon abhängt, daß wir hinsichtlich Qualität und Preis dem schärfsten Wettbewerb standhalten vermögen. Auch hier spielt die Regelung der Außenhandelsverträge eine entscheidende Rolle. Mit der einfachen Formel, den Inlandsmarkt durch hohe Schutzzölle zu sichern, werden wir um so weniger weit kommen, als dies Mittel auch gegen uns angewandt werden kann. Eine Möglichkeit bietet sich ferner, die Kohlausfuhr zu steigern, aber auch nur dann, wenn die Reichsbahn die Gütertarife so weit herabsetzt, daß ein erfolgreicher Wettbewerb auf den Auslandsmärkten möglich ist. Die englische Kohle ist uns vor allem dadurch überlegen, daß sie überallhin zu Schiff verfrachtet werden kann, während die deutsche Kohle bis zu den Seehäfen lange Anmarschwege zu überwinden muß.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich.

Weniger als 14 Jahre sind vergangen, seit Deutschland die Verhandlungen mit Frankreich über einen Handelsvertrag begonnen. Damals hoffte man, daß der Vertrag sofort nach Wiederverhandlung der deutschen Handelsvertragsfreiheit (also am 11. Januar 1926) werde in Kraft gesetzt werden können. Diese Erwartung hat grimmig enttäuscht. Die Franzosen weigerten sich beharrlich, den Deutschen die Wiederverhandlung anzuerkennen. Da aber Frankreich auch anderen Ländern keine Weltbegünstigung erteilt, lag hierin wenigstens keine abschließliche Weigerung, deutscher Forderungen Frankreich kennt nur einen Maximal- und einen Minimaltarif und gewährt anderen Völkern gegen entsprechende Zugeständnisse Zolltarife, die näher an den Minimal- oder an den Maximaltarif liegen. Bis Ende des Jahres 1925 wollten uns die Franzosen nicht einmal bei Inkrafttreten des abzuschließenden Handelsvertrages die vereinbarten Vertragszölle zugestehen, sondern wünschten, daß während einer Übergangszeit von 14 Monaten die Annäherung an die Vertragszölle erfolgen hierin scheint sich ein Wandel vorzubereiten. Die französischen Unterhändler sind bereit, wenigstens für die Erzeugnisse der deutschen Maschinenindustrie sofort bei Inkrafttreten des Handelsvertrages die Vertragszölle zu gewähren. Augenblicklich beginnt man in Frankreich einzusehen, daß Stetigkeit und Sicherheit in den Außenhandelsbeziehungen eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Wohlfahrt eines Landes sind.

Am 24. April sind die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen für kurze Zeit unterbrochen worden. Der Grund ist diesmal nicht darin zu suchen, daß man bei den Verhandlungen auf einen toten Punkt angelangt wäre. Vielmehr war der Führer der deutschen Abordnung Ministerialdirektor Pösch als Vertreter des zur vorbereitenden internationalen Wirtschaftskonferenz nach Genf entsandten Staatssekretärs Trendelenburg in Berlin notwendig. Der französische Unterhändler Ferrary war mit der Vertretung seines Landes in Genf betraut worden. Die Verhandlungspause soll